

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 79
des Abgeordneten Frank Bommert (CDU-Fraktion)
Drucksache 8/106

Anschluss der Lausitz an das Wasserstoff-Kernnetz

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen des Fragestellers: Gemäß Genehmigung der Bundesnetzagentur für das Wasserstoff-Kernnetz soll die Lausitz bis September 2030 betriebsbereit an dieses angeschlossen sein. Mehrere in der Region ansässige Unternehmen planen bereits langfristig mit Wasserstoff, wie z.B. Rock Tech Lithium und Jack Link's oder der Industrie- und Gewerbepark „Green Areal Lausitz“. Für den Bau der sogenannten „Lausitz-Banane“ gibt es derzeit jedoch keinen Vorhabenträger. Mögliche Vorhabenträger, wie die Ontras Gastransport GmbH, lehnen eine Übernahme der Leitung aus markt- und nachfragebedingten Gründen ab, auch die Leag schließt eine Übernahme des Baus aus.

Frage 1: Seit wann ist der Landesregierung diese Problematik bekannt?

zu Frage 1: Die finale Version des Wasserstoffkernnetzes auf Basis des Antrages der Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) inkl. der fehlenden Vorhabenträger ist der Landesregierung seit der öffentlichen Genehmigung durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) am 22.10.2024 bekannt.

Frage 2: Wie möchte die Landesregierung den Anschluss der Lausitz an das Wasserstoff-Kernnetz bis September 2030 unter diesen Bedingungen sicherstellen?

Frage 3: Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung momentan, um das Problem zu lösen?

Frage 4: Ist die Landesregierung bereits mit der Ontras Gastransport GmbH als möglichem Vorhabenträger in Austausch getreten?

Frage 5: Steht die Landesregierung im Hinblick auf die Umsetzung im Austausch mit anderen Akteuren? Wenn ja, mit welchen?

zu den Fragen 2 bis 5: Weder die Planung, noch die Beantragung, Genehmigung oder Umsetzung des Wasserstoffkernnetzes liegen in der Zuständigkeit der Landesregierung. Es liegt im Verantwortungsbereich der FNB, die Leitungen zu beantragen und sich als Vorhabenträger zu benennen und es ist die Aufgabe der BNetzA, konkrete Leitungsabschnitte zu genehmigen.

Eingegangen: 20.12.2024 / Ausgegeben: 27.12.2024

Vertreter der Landesregierung haben hierzu auf allen Ebenen zahlreiche Gespräche mit dem zuständigen FNB, der BNetzA sowie dem BMWK geführt. Die Landesregierung setzt sich auch weiterhin dafür ein, gemeinsam mit den verantwortlichen Akteuren eine zielführende Lösung zu erarbeiten. Schlussendlich bleibt es aber eine freie unternehmerische Entscheidung, als Vorhabenträger zu fungieren.

Frage 6: Die Ontras Gastransport GmbH fungiert bereits bei anderen Abschnitten des Wasserstoff-Kernnetzes als Vorhabenträger, wie den Abschnitten Salzgitter-Wefensleben, Preußnitz-Cörmigk, Cörmigk-Halle, Milzau-Milzau 1 und Nempitz-Kulkwitz. Wie erklärt die Landesregierung, dass sich eine Übernahme der Bauabschnitte in der Lausitz gemäß den Aussagen des Unternehmens in Brandenburg ökonomisch nicht rentabel sei, obwohl die Landesregierung vor den Landtagswahlen auf ein stabiles Wirtschaftswachstum verwies?

zu Frage 6: Die Entscheidung der ONTRAS basiert auf konzerninternen betriebswirtschaftlichen Kalkulationen. Der Landesregierung liegen hierüber keine Informationen vor.

Frage 7: Die Umstellung auf Wasserstoff hängt bei vielen Unternehmen in der Region - wie der Rock Tech Lithium Inc. - davon ab, ob und wann die notwendige nationale und regionale Infrastruktur bereitgestellt wird. Was plant die Landesregierung zu unternehmen, um diese Unternehmen in der Lausitz zu halten oder bei der Umstellung zu unterstützen, falls die sogenannte „Lausitz-Banane“ nicht rechtzeitig fertiggestellt wird?

zu Frage 7: Die Landesregierung unterstützt Unternehmen durch verschiedene Förderprogramme wie z.B. die Förderrichtlinie Wasserstoff und Speicher. Ferner setzt sich die Landesregierung weiterhin dafür ein, dass die betroffenen Regionen zeitnah an das Kernnetz angeschlossen werden.

Frage 8: Ist die Landesregierung mit den betroffenen Unternehmen bereits in Austausch getreten?

zu Frage 8: Mit großen Industrieunternehmen ist die Landesregierung im Gespräch. Es kann aber derzeit nicht seriös abgeschätzt werden, welche Unternehmen in Zukunft von Entwicklungen mit Bezug auf das Kernnetz betroffen sein könnten.

Frage 9: Welche Investitionsvorhaben von Unternehmen sind der Landesregierung über das genannte Beispiel hinaus bekannt, die auf die notwendige Infrastruktur angewiesen sind?

zu Frage 9: Für eine detaillierte Projektübersicht wird auf Anlage 1 des Wasserstoffkernnetzes verwiesen. Zu finden unter: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Wasserstoff/Antrag_FNB_Anlage1.xlsx?__blob=publicationFile&v=2

Frage 10: Die LEAG als Stromerzeuger wurde medial ebenfalls als möglicher Vorhabenträger skizziert, hat dies jedoch vorerst ausgeschlossen. Ist die Landesregierung bereits mit der Leag in Austausch getreten, um eventuell eine gemeinsame Lösung für das Problem zu evaluieren?

zu Frage 10: Der Landesregierung sind keine konkreten Pläne der LEAG bekannt, als Vorhabenträger zu fungieren.

Frage 11: Welche Folgen sieht die Landesregierung für den Strukturwandel in der Lausitz, sollte das Vorhaben nicht umgesetzt werden können?

Frage 12: Welche wirtschaftlichen Folgen für Brandenburg insgesamt sieht die Landesregierung bei einer Nichtrealisierung des Projektes?

Frage 13: Welche Kosten und Risiken für den Wirtschaftsstandort kommen auf das Land Brandenburg zu, sollte die Lausitz nicht oder verspätet an das Wasserstoff-Kernnetz angeschlossen werden?

zu den Fragen 11 bis 13: Die Anbindung der Lausitz ist nach wie vor Gegenstand des Kernnetzes. Die Realisierung liegt nun in den Händen von einzelnen Unternehmen. Die Netzplanung der BNetzA erfolgt jedoch bedarfsorientiert. Sobald ausreichend Wasserstoffprojekte in der Region - inkl. einer finalen Investitionsentscheidung - Anschlussbedarf melden, wird die BNetzA einen Vorhabenträger benennen, sollte sich bis dahin kein Unternehmen bereit-erklärt haben. Hierzu sei auch auf den Netzentwicklungsplan 2025 verwiesen. Wirtschaftliche Folgen sind aktuell durch die Landesregierung nicht seriös abschätzbar.

Frage 14: Wie möchte die Landesregierung unter den aktuellen Bedingungen sicherstellen, dass das Ziel der Bundesregierung - Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen - auch in Brandenburg erreicht wird?

zu Frage 14: Die Maßnahmen und Ziele der Landesregierung sind in den einschlägigen Strategiepapieren (z.B. Klimaplan, Industriestrategie, Energiestrategie, Wasserstoffstrategie) öffentlich zugänglich.

Frage 15: Ist der Landesregierung bekannt, ob es auch bei anderen Abschnitten des Wasserstoff-Kernnetzes in Brandenburg und in anderen Bundesländern gleichwertige Problemstellungen gibt?

Frage 16: Hat sich das Wirtschaftsministerium bereits mit den Wirtschaftsressorts anderer Bundesländer über diese Problematik ausgetauscht, um eventuell eine gemeinsame Lösung zu finden?

zu den Fragen 15 und 16: Für Informationen zu konkreten Projekten und Leitungsabschnitten für ganz Deutschland wird auf die Anlagen des Wasserstoffkernnetzes verwiesen. Die Landesregierung ist hinsichtlich des Kernnetzes auch mit anderen Bundesländern im Austausch. Diesbezüglich wurde eine gemeinsame Stellungnahme der ostdeutschen Bundesländer durch die Initiative für Wasserstoff in Ostdeutschland (IWO) dem Bund übermittelt.